

CH_VB 20011281 vom 9. März 1983

Bundesverwaltung, 1983-03-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20011281__td_

FR: CH_VB 20011281 du 9 mars 1983

IT: CH_VB 20011281 del 9 marzo 1983

Erwägungen

E. 9

März 1983 325 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen sen wir diesem Vorschlag der Kommission für zusätzliche 50 Millionen Franken für Schallschutz an städtischen Hauptverkehrs- und Kantonsstrassen unbedingt zustimmen. Ich gehe mit Herrn Muheim einig: Wir treffen damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Wir schaffen Arbeit und tun etwas Wichtiges für den Umweltschutz, insbesondere für die Opfer des Lärms von unserem Strassenverkehr. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen. Jaeger: Ich bitte Sie ebenfalls, der Mehrheit zuzustimmen. Ich war etwas überrascht, als ich in der Kommission das Votum des bernischen Volkswirtschaftsdirektors hörte, der darauf hingewiesen hat, dass in diesem Bereich keine ausführungsfähigen Projekte vorliegen. Herr Bratschi hat das am Beispiel der Stadt Bern widerlegt. Erkundigungen haben ergeben, dass sich das auch an vielen anderen Beispielen widerlegen lässt, vor allem in Städten. Die Projekte liegen vor. Was hingegen bis jetzt gefehlt hat, sind die finanziellen Mittel. Nachdem man uns im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Treibstoffzollvorlage immer wieder beteuert hat, dass die Mittel, die den Kantonen zugewiesen werden sollen, nun unter anderem auch für Umweltschutzbauten entlang der Kantonsstrassen eingesetzt werden sollen, finde ich, es sei hier genau der richtige Ort, ein Zeichen zu setzen und unter dem Titel der Konjunkturförderung die entsprechenden Verpflichtungskredite zu beschliessen. Die Subventionsberechtigung besteht. Was noch aussteht, ist die Ausführungsgesetzgebung; aber ich bin der Auffassung, dass sich dieses Problem durchaus lösen lässt. Im übrigen haben wir hier nun wirklich einen Betrag, den wir entsprechend den regionalen Bedürfnissen einsetzen können. Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen. Bremi: Im Vorbeigehen hat mich vorhin Herr Jaeger gefragt, ob ich jetzt plötzlich gegen den Umweltschutz sei. Herr Jaeger, Sie als Ökonom sollten besser wissen als wir alle, dass es hier um einen Bundesbeschluss geht, der primär die Arbeitsbeschaffung und nicht den Umweltschutz betrifft. Wir haben uns vorher über die Kriterien unterhalten, nach denen wir hier entscheiden sollten, und jetzt bitte ich Sie, diese Kriterien auch anzuwenden. Wir können jetzt hier nicht alle an sich schönen Postulate aus dem Gebiet des Umweltschutzes oder der Energie durchziehen und abhandeln, sondern wir haben diese Anträge in bezug auf ihre Wirksamkeit für unser Hauptziel zu untersuchen. Die Branchen und Firmen, die diese Materialien liefern, leiden nicht unter ungenügenden Aufträgen. Zum Schallschutz: Dort, wo er nötig ist, ist keine Arbeitslosigkeit vorhanden. Dies haben wir schon in der Kommission gesehen. Schliesslich sind dies Bauten, die wir später einmal, allenfalls mit den Treibstoffzollzuschlägen, finanzieren können. Aus diesen Gründen - weil die Zielgenauigkeit hier nicht gegeben ist - bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit Müller-Scharnachtal zuzustimmen. Dirren: Die verschiedenen Voten und Auslegungen betreffend diese 50 Millionen zwingen mich nun doch, dazu auch einige Worte zu sagen. Der

Bund hat damals dem Kanton Wallis 30 Millionen für den Tunnelbau Hohtenn-Goppenstein zugesprochen. Die Probleme der Umfahrung der Dörfer Hohtenn, Gampel und Steg sind aber nicht gelöst. Wir stehen vor der Tatsache, dass in einem Jahr dieser Tunnel fertig erstellt ist und die Zufahrtstrassen nicht gebaut werden können, weil der Kanton zurzeit die finanziellen Mittel kaum aufbringen kann. Ich frage deshalb, ob hier eventuell ein Betrag für den Bau dieser nationalen Verbindungsstrasse freigemacht werden kann. Im Tunnelbau sind gute und bestbekannte Schweizer Firmen mit einheimischen Mitkonsortanten eingesetzt, und für die Zufahrtsstrasse könnte vermehrt das regionale Baugewerbe, das auch zeitweise unter Arbeitslosigkeit leidet, herangezogen werden. Ich möchte Herrn Bundesrat Furgler und die Kommission anfragen, ob bereits hier oder mindestens im 2. Paket eine diesbezügliche Möglichkeit besteht oder vorgesehen wird. Die Ausführungsprojekte liegen bereit und erfüllen die hier verlangten Kriterien. Risi-Schwyz, Berichterstatter: Der Antrag Dirren lag uns in der Kommission nicht vor. Ich gebe ihn weiter an den Bundesrat. Der Antrag, der zur Diskussion steht, ist auch in der Kommission umstritten gewesen. Wir haben dem Antrag Muheim mit 14 zu 13 Stimmen zugestimmt. Sie haben nun selber gehört, welche Schwachstellen dieser Antrag hat. Aber die Hauptzielrichtung - Schutzfunktion - fand in der Kommission Zustimmung. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag Muheim zuzustimmen. M. Coutau, rapporteur: La majorité de la commission, par

E. 14

voix contre 13, cherche, en inscrivant ce montant de 50 millions supplémentaires, à faire d'une pierre deux coups. Elle voudrait, d'une part, protéger l'emploi, créer des places de travail supplémentaires et, d'autre part, améliorer les possibilités de constructions le long des routes principales pour lutter contre les nuisances dues aux bruits du trafic. Les propositions ont été présentées et appuyées à une faible majorité par la commission. 51 l'on se réfère aux quatre critères qui permettent de déterminer si un projet doit être inscrit dans ce programme ou non, il est effectivement discutable de l'y inclure. Pour reprendre ces quatre critères: il faut reconnaître que la matérialité des besoins est donnée, je crois que personne n'en disconvient; en revanche, la conformité de cette adjonction aux trois autres critères sont plus discutables. En effet, la maturité du projet n'est pas absolument assurée. Vous savez que la loi sur la protection de l'environnement est en élaboration, une ordonnance doit fixer les normes de bruit qui sont admissibles, notamment le long des routes; cette ordonnance n'a pas encore fixé d'une façon définitive les limites d'alerte auxquelles on se réfère ici. Par conséquent, il est difficile de préjuger de ce point. D'autre part, la régionalité des projets n'est pas absolument assurée non plus, en ce sens que les limites d'alarme concernant le bruit le long des routes, sont atteintes en priorité dans des régions urbaines, où précisément les problèmes d'emplois ne sont pas particulièrement aigus. Enfin, en ce qui concerne la sectorialité, on ne peut pas dire que le secteur du bâtiment soit particulièrement touché par le phénomène du chômage, à l'heure actuelle. Je dois ajouter, que la majorité, une fois encore très limitée - une voix - a été guidée, dans une certaine mesure, par le souci d'agir à titre préventif. Lors de notre séance, nous ne connaissions pas le sort qui serait réservé au projet de nouvelle répartition des droits de douane sur les carburants soumis au vote populaire, le 27 février dernier. Si le peuple n'avait pas approuvé le projet, nous n'aurions pas pu assurer le financement ultérieur des mesures de protection contre le bruit le long des routes. Maintenant que le peuple a approuvé cette répartition, nous avons une sécurité de financement, il est par conséquent moins urgent d'inscrire, au titre du programme de relance, un montant de 50 millions dans ce but. J'ai

défendu les arguments de la majorité et de la minorité. J'appartiens personnellement à la minorité. Bundesrat Furgler: Im Grunde genommen sind wir alle für diese Schall- und Lärmschutzwände, die Herr Muheim mit seinem Antrag aufgreift. Aber ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass zurzeit die gesetzlichen Grundlagen, derer wir bedürften, um in diesem Beschäftigungsprogramm zeitgerecht zu handeln, fehlen. Der Bund besitzt, wie Sie wissen, die Rechtsgrundlagen für die Nationalstrassen und die Hauptstrassen, nicht aber für die Kantonsstrassen. Lärmschutzmassnahmen an städtischen Hauptverkehrsstrassen werden mit Bundesbeiträgen unterstützt, 42-N

Renforcement de l'économie. Mesures 326 N 9 mars 1983 soweit sie zum Hauptstrassennetz gehören. Nun haben wir sofort abgeklärt: Gibt es ausführungsfähige Projekte: ja oder nein? Die Antwort lautete: Für die Verwirklichung in der nach unseren Kriterien hier nötigen Zeitspanne: nein. Lärmschutzmassnahmen werden ja an und für sich nicht isoliert, sondern in Verbindung mit Ausbauprojekten verwirklicht. Sie wissen auch als Fachmann aus Ihrer früheren Regierungstätigkeit, dass dabei die Projektverwirklichung noch mit diversen Schwierigkeiten gepflastert ist, beispielsweise Enteignungen. Vor allem aber ist das Umweltschutzgesetz zurzeit noch nicht in Kraft, in welchem der von Ihnen in Ihrem Antrag eingebrachte Alarmwert definiert wird. Wie wollen wir nun noch nicht projektreife Dinge, gestützt auf eine Definition aus einem noch nicht in Kraft befindlichen Gesetz, hier einbringen? Das ist die Situation, vor die sich der Bundesrat gestellt sah. Ich gebe aber gleichzeitig für den Bundesrat bekannt, dass wir überzeugt sind, dass - gestützt auf den neuen Verfassungsartikel über die Treibstoffzölle - inskünftig die Möglichkeit benutzt werden wird, Kantonsstrassen zu subventionieren. Aber die Ausführungsgesetzgebung liegt begreiflicherweise noch nicht vor. Fazit: Wenn wir aus diesen Überlegungen zur Ablehnung kommen, darf nicht daraus herausgelesen werden, wir wären dem Problem gegenüber nicht aufgeschlossen. Aber es fehlt im Rahmen dieses Beschäftigungsprogrammes an der Erfüllung der Kriterien, die ich Ihnen in meinem ersten Votum geschildert habe. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 62 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 54 Stimmen 314.501.90 Antrag der Kommission 314.501.90 Bauten ... 30,2 Mio. Fr. Antrag Butty 314.501.90 Bauten und Anlagen,... wie Bundesrat Antrag Lüchinger 314.501.90 Bauten und Anlagen,...

E. 15

Millionen abzulehnen.

9. März 1983 N 329 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen Basler: Bei diesem Posten Bauten und Anlagen setzt der Bundesrat 40,2 Millionen Franken ein und die Kommissionsmehrheit 30,2 Millionen. Ich kenne die Aufteilung dieser 10-Millionen-Kürzung nicht, es sei denn, ich folge jetzt der Aufstellung von Herrn Jaeger. Jedenfalls stimmt jene der Kommissionsprecher, glaube ich, nicht, denn sie haben die Ausrüstung für den 600-MEV-Beschleuniger am SIN genannt und die Heizungsgeneratoren des Tokomac an der EPUL. Das sind meines Wissens die beiden obersten Linien auf Seite 4 der Fahne. Ich fühle mich verpflichtet, zu diesem einen Kreditposten von 1,2 Millionen das Wort zu ergreifen. Es handelt sich, wie Kollege Künzi jetzt ausgeführt hat, um das Refuna-Projekt, die «Regionale Fernwärmeversorgung unteres Aaretal». Hier geht es ganz einfach um den häushälterischen Energieeinsatz, in diesem Falle um die Nutzung der Abwärme von Beznau. Wir sollten hier Pilotanlagen für die Fernwärmeversorgung haben, und die NOK ist willens, hier mitzuarbeiten. Es ist selbstverständlich, dass die dort vorhandenen beiden Bundesanstalten vorangehen oder mithalten müssen, nämlich das Eidgenössische Institut

für Reaktorfor- schung und das Schweizerische Institut für Nuklearfor- schung. Zur aufgeworfenen Frage von Kollege Künzi hat mir die Finanzverwaltung sinngemäss folgendes mitgeteilt: Weil dieser Anschluss diesen Sommer während der Ladezeit des Reaktors vorgenommen werden sollte, hat der Schul- rat, der hier zuständig ist, auf dem Wege eines dringlichen Finanzdelegationsbeschlusses den Kredit beantragen wol- len. Als man danach sah, dass das Projekt zeitlich ebenso rasch über dieses Massnahmenpaket realisierbar wäre, ist der Kredit hier eingebaut worden. Wenn wir nun diesen Fernwärmeanschluss wieder aus dem Paket herausneh- men, so fällt er wirklich zwischen Stuhl und Bank. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es hier nicht um verlorenen Überblick über die Tätigkeit von SIN und EIR geht, auch nicht um die Frage, ob angewandte oder Grund- lagenforschung Priorität hätte, sondern um eine Pilotanlage zur Wärmeversorgung, um ein Pionierwerk, zu dem die NOK Hand bietet und der Bund mit zwei Anstalten im Einzugsbe- reich liegt. Das Refuna-Projekt ist eine amortisierbare Investition zur haushälterischen Energienutzung mittels Wärmekraftkopp- lung. Ich ersuche Sie nun um Aufnahme dieser 1,2 Millionen Franken. Praktisch geht es wohl kaum anders, als dass wir dem Bundesrat, dem Ständerat und Laurent Butty zustim- men, in der Annahme, der Bundesrat werde die Kompetenz zur Realisierung dieser Verpflichtungskredite nach gewalte- ter Diskussion differenziert vornehmen. Flubacher: Ich muss Ihnen sagen, dass ich erschüttert bin, wie hier mit Millionen jongliert wird. Für diesen etwas, für jenen etwas; alles ist natürlich richtig und alles muss gemacht werden. Einerseits sitzen Kommissionen mit 20 und mehr Leuten zusammen, um ein «2-Millionen-Projektli» zu behandeln, das dann an den Zweitrat geht, dann wird eine Besichtigung vorgenommen und versucht, irgendwo noch 50 000 Franken einzusparen, und andererseits wird hier mit Millionen frisch-fröhlich jongliert. Das kann man schon machen, wenn man kein Geld hat. Wenn wir das Geld hätten, würden wir wahrscheinlich etwas sparsamer damit umgehen. Ende Dezember, als wir in einer Untersektion der Finanz- kommission mit dem Baudirektor über mögliche Arbeitsbe- schaffungsprojekte gesprochen haben, hat er uns gesagt, wenn etwas seriös vorbereitet werden solle, könne kein ein- ziges Neubauprojekt zusätzlich im Jahre 1983 zum Bau frei- gegeben werden. Wir können in Isolierungen machen, in Wärmedämmungen und was mit dem Wärmeschutz zusam- menhängt, aber sonst ist nichts möglich. Und ich sage Ihnen, auch die Bauarbeiten für die Heizzentrale in Ecu- blens werden vor dem Herbst oder nächstem Frühjahr nicht begonnen werden. Es ist auch unsinnig, zuerst eine Hei- zung zu erstellen und dann darüber zu diskutieren, ob die dazugehörigen Bauten erstellt werden sollen oder nicht; denn Ecublens hat eine Heizung, sie genügt sogar noch für ein weiteres Gebäude, aber es war von Anfang an vorgese- hen, dass für den Vollausbau eine neue grosse Heizzentrale gebaut werden muss. Waren Wirtschaftlichkeitsüberlegun- gen massgebend, dass man nicht von Anfang an die Gross- heizung gebaut hat? Heute sprechen Wirtschaftlichkeits- überlegungen dagegen, diese Heizung jetzt unbedingt vor- ziehen zu wollen. Ende April hat die Kommission des Natio- nalrates Sitzung; im Juni kann der Nationalrat und im Herbst der Ständerat darüber entscheiden. Wir verpassen überhaupt nichts, wenn wir diese Zentrale jetzt nicht hoppla-hopp zum Bau freigeben. Was SIN und EIR betrifft, muss ich sagen, dass ich von der Leitung selbst immer einen sehr guten Eindruck erhalten habe. Aber ich war vor etwa zwei Jahren im Auftrag des Präsidenten der Kommission für Wissenschaft und For- schung, Herrn Bundi, dort, um einzelne Bauprojekte zu besichtigen, die ich für dringend befunden habe und die der Rat auch einstimmig genehmigt hat. Damals hat man mir gesagt: «Wenn Ihr das bewilligt, dann ist vorläufig fertig, dann sind wir sehr zufrieden.» Ich habe dann im

nächsten Jahr im Voranschlag der Eidgenossenschaft diverse Kredite für weitere Bauten unter 2 Millionen für SIN und EIR gefunden. Dieses Jahr haben wir eine Botschaft für weitere Gebäude, dazu aber Zusatzkredite in den Bundesvoranschlägen. Eine Übersicht haben weder die Bautengruppe noch die Kommission für Wissenschaft und Forschung. Ich frage mich: kann es so weitergehen? Wir müssen uns einmal überlegen, nicht ob das gut ist, was dort gemacht wird, aber ob unser Kleinstaat es sich überhaupt leisten kann, diese Forschungsstätten in Villingen und Würenlingen immer noch weiter auszudehnen und neue Forschungsprojekte, die wohl europäische oder weltweite Bedeutung haben - ich denke an die Krebsforschung -, durchzuführen. Aber die Kredite, die jetzt verlangt werden, sind nicht für diese Anlagen bestimmt. Es gibt eine gewisse Raumnot; aber die kann man auch schaffen, und die ETH bringt es meisterhaft fertig, uns immer in Sachzwänge hineinzu- manövrieren. Wenn wir vor unseren Wählern, vor dem Steuerzahler nicht unglaubwürdig werden wollen, dann müssen wir solche Geschäfte etwas seriöser vorbereiten; dann wollen wir unseren Kommissionen doch noch Gelegenheit geben, darüber zu befinden.

Fischer-Weinfeld: Ich möchte Sie bitten, dem Antrag Butty zuzustimmen. Ich möchte nicht noch einmal wiederholen, was schon gesagt worden ist, wie sich die 40,2 Millionen im Detail zusammensetzen. Sie haben bereits gehört, dass 15 Millionen für die Heizzentrale Ecublens, weitere 10 bis 12 Millionen für Verbesserungen im Energiebereich der ETH Zürich und schliesslich noch 13 bis 15 Millionen für verschiedene Bauvorhaben in Problemregionen vorgesehen sind. Zu Punkt 1. Natürlich kann man verlangen - wie das die Herren Flubacher und Lüchinger getan haben -, dass man das Bauvorhaben der Energiezentrale Ecublens in einem späteren Zeitpunkt realisiert haben möchte, dann, wenn man die Vorlage hat und die Sache im Gesamtzusammenhang studieren kann. Aber wir beraten hier über Massnahmen, die vorgezogen werden sollen, damit sie möglichst rasch arbeitsmarktlich wirksam werden, deshalb muss man Projekte nehmen, die in irgendeiner Form schon vorbereitet worden sind, damit sie möglichst rasch realisiert werden können! Wir können deshalb nicht warten, bis die Gesamtvorlage vorhanden ist; denn was hier vorgeschlagen wird, muss so oder anders ausgeführt werden. Deshalb ist der Vorschlag, der für Ecublens gemacht wird, durchaus vertretbar. Genauso vertretbar und zu befürworten ist auch der Teil, der die Verbesserung der Energieversorgung im Bereich der ETHZ zum Gegenstand hat. Dass Herr Franz Jaeger gelegentlich politische Purzelbäume schlägt, das wissen wir; er hat auch eine sehr sportliche Figur, die das zulässt. Nun lehnt er aber als ehemaliger Präsident der Eidgenössi-

Renforcement de l'économie. Mesures 330 9 mars 1983 sehen Energiestiftung Massnahmen ab, die eindeutig dem Energiesparen dienen, die also jenes Ziel anstreben, das auch für die Energiestiftung im besonderen Masse im Vordergrund steht. Dass die Glaubwürdigkeit bei derartigen Widersprüchen ganz zwangsläufig leidet, kann wohl niemand in Abrede stellen. Wie wollen Sie von unserem Volk Energiesparmassnahmen verlangen, mein lieber Herr Jaeger, wenn der Staat selber nicht bereit ist, mit gutem Beispiel voranzugehen? Was wir hier machen, sind reine Energiesparmassnahmen; ich denke zum Beispiel an das in diesem Paket enthaltene Projekt Refuna. Ich halte Ihnen nicht vor, Herr Jaeger, dass Ihnen die Ideologie den Blick getrübt hat. Aber es gibt Kernenergiegegner, die hier nur deshalb dagegen stimmen, weil die Abwärme der Kernkraftwerke Beznau verwertet werden soll. Das ist doch etwas, was das ganze Volk schon lange verlangt und erwartet: dass man mit dieser Abwärme etwas Vernünftiges macht! Jetzt ist die Refuna gegründet worden, die regionale Fernwärmeversorgung im unteren Aaretal, und es ist selbstverständlich, dass wir die beiden Bundesbetriebe, die sich in dieser Region befinden, nun auch anschliessen. Es

wäre ein Hohn, wenn die Gemeinden mitmachen und der Bund sagt, das komme für ihn nicht in Frage. Wir wären doch nicht mehr glaubwürdig, Herr Jaeger, wenn wir das ablehnen würden. Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag Butty zuzustimmen. Er deckt sich übrigens mit dem, was uns der Bundesrat in seiner ursprünglichen Vorlage unterbreitet hat. Risl-Schwyz, Berichterstatter: Ich kann Ihnen zum Schluss nur noch den Beschluss der Kommission bekanntgeben. Wir haben mit 11 zu 8 Stimmen beschlossen, um 10 Millionen Franken zu reduzieren. Dies betrifft aber nicht Ecublens, sondern Refuna. Es ist an Ihnen, zu entscheiden, ob Sie dem Bundesrat oder Herrn Lüchinger zustimmen wollen. Die Kommission schlägt Ihnen 30,2 Millionen Franken vor. Bundesrat Purgier: Ich empfehle Ihnen, dem Bundesrat beizupflichten, der hier unterstützt worden ist von Herrn Butty, von Herrn Jeanneret, von Herrn Fischer, von Herrn Basler und anderen mehr. Ich verweise auf das allerletzte Votum und auf die Ausführungen der Herrn Kommissionssprecher. Ich möchte mich dagegen verwahren, dass man hier den Eindruck zu erwecken versucht, es sei liederlich vorbereitet worden. Die vorberatenden Instanzen im Amt für Konjunkturfragen haben mit sämtlichen mitbetroffenen Abteilungen einen sehr engen Kontakt gehabt, um festzustellen, ob die Projektreife solche Beschlüsse rechtfertigt. Es steht für mich fest, dass dadurch die Freiheit des Parlamentes, zu einzelnen Teilen ja oder nein zu sagen, nicht im geringsten beeinflusst wird. Aus der Sicht der antragstellenden Behörde liegt mir aber daran, hier festzuhalten, wie es zu den Anträgen gekommen ist. Mit Blick auf Ecublens ist das Wesentliche gesagt. Wenn dieses Projekt herausgebrochen wird, dann entfällt die Möglichkeit, mit diesem Beschaffungsprogramm für ein reifes Projekt tätig zu werden. Ich greife aber die Idee von Herrn Lüchinger auf. Wenn ich ihn recht verstanden habe, möchte er für die vorberatende Kommission Ihres Rates noch die Gewissheit haben, dass, wenn diese Kommission am 26. April tagt, nicht schon durch Vorentscheid - nämlich die Vergabe - gleichsam alles präjudiziert ist. Ich sichere Ihnen ohne weiteres zu, dass bis zu diesem Tag - das ist ja in gut einem Monat - zwar alle Vorbereitungen getroffen werden, aber die Vergabung noch nicht erfolgt. Wenn nun wider Erwarten diese Kommission Ihres Rates nicht auf die Vorlage eintreten würde, so würde dies der Bundesrat als Willensentscheid der Kommission Ihres Rates zur Kenntnis nehmen und dieses Geschäft anders behandeln. Mir scheint, dass das ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre. Der Beschluss sollte aber gefasst werden, sonst können wir auch bei durchaus normalem, von uns erwartetem Ausgang dieser Kommissionsverhandlung nicht weiterarbeiten. Das zweite, was ich hier noch sagen wollte - ohne mir anzu-massen, die Institute EIR oder SIN hier zu qualifizieren -: Auch die Projekte im Bereich der ETH lassen mit Bezug auf den Projektreifegrad eine Vergabe als möglich erscheinen. Sie finden eine Parallelposition zu diesen baurelevanten Positionen im Artikel 4. Ich wollte Ihnen einfach noch diese Querverbindung zeigen. Dort geht es um verschiedene Apparate - solche für das Schweizerische Institut für Nuklearforschung (vorzeitige Beschaffung von Speisegeräten für den Ausbau der Beschleunigeranlage) und Einrichtungen für das Institut für Plasmaphysik an der ETH Lausanne. Diese Positionen würden also der Zielidee des Programms entsprechen. Ich wollte Ihnen das andienen als zusätzliches Element für Ihre Entscheidungsfindung. Fest steht nach Auffassung der vorbereitenden Instanz, dass die Nachfrage nach komplexen Einrichtungen und Anlagen über ein Netz von vielen Zulieferanten führt - ich komme darauf zu sprechen, weil in der Eintretensdebatte immer wieder gefordert worden ist, dass man auf dieses Zuliefersystem besonderes Gewicht lege. Fazit: Mir scheint der Antrag des Bundesrates nach wie vor gerechtfertigt. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu entscheiden. Lüchinger: Es ging mir mit meinem Antrag erstens darum,

uns die Entscheidungsfreiheit für den kommenden Kredit von 202,5 Millionen Franken betreffend die zweite Ausbau- etappe von Eclubens offen zu halten. Zweitens sollte die Zweckmässigkeit der Heizanlage im Rahmen des Gesamt- kredites für Ecublens sorgfältig geprüft werden können, wie das Pflicht und Aufgabe eines Parlamentes ist. Die Erklä- rung von Herrn Bundesrat Purgier stellt das nun sicher, wenigstens bis und mit Kommissionsberatung. Gestützt auf diese Erklärung ziehe ich meinen Antrag zurück. Ich bitte Sie aber, dem Antrag der Mehrheit der Kommis- sion zuzustimmen. Präsident: Wir haben nun, nachdem Herr Lüchinger seinen Antrag zurückgezogen hat, folgende Situation: Die Mehr- heit beantragt Ihnen einen Kredit von 30,2 Millionen Fran- ken, und der Bundesrat mit Herr Butty einen Kredit von 40,2 Millionen Franken. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 62 Stimmen Für den Antrag Butty/Bundesrat 69 Stimmen 408.523.90, 511.508.90 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats Angenommen - Adopté 541.557.91 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag Herzog Streichen 541.557.91 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition Herzog Biffer Herzog: Ich habe bereits kurz in der Eintretensdebatte betont, dass mir dieses Programm etwas eindimensional scheint, und auf negative Punkte hingewiesen. Mein Antrag geht dahin, die Eindimensionalität etwas abzubauen.

9. März 1983 331 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen 1. Die vorgesehenen Verpflichtungskredite in der Höhe von 257 Millionen Franken - hier sollte es auf dem Antrag-Blatt nicht 261, sondern 257 Millionen Franken heissen - sollen auf drei wichtige Zivilbereiche, nämlich Umwelttechnologie, SBB-Infrastruktur und Energiesparmassnahmen, verteilt werden. 2. Die Nachtragskredite bei den Kriegsmaterialien sowie die zusätzlichen Anträge des Ständerates, die Rüstungs- material betreffen, sollen gestrichen werden. Als Hauptargument zugunsten dieser EMD-Wunschliste war auch in der Eintretensdebatte zu hören, das EMD verfüge über die einzigen «ausführungsreifen» Projekte. Dieses Hauptargument scheint mir aber nicht ausreichend. 1. Ich war nicht in der Kommission, aber ich glaube einfach nicht, dass nur im EMD solche Projekte existieren. Wenn dem so wäre, dann meine ich, müsste dies sofort geändert werden. Herr Bundesrat Purgier hat ja bewiesen, dass man, wenn man etwas will, es auch ändern bzw. Projekte hier präsentieren kann; und er hat das mit diesem Arbeitsbe- schaffungsprogramm gemacht. 2. Ich habe Vertrauen in das kurzfristige Innovationsvermö- gen und auch in die Erfindungsgabe unserer Schweizer Industrie, namentlich auch der Maschinenindustrie. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, dass bei verschiedenen Unter- nehmen der schweizerischen Maschinenindustrie in Rich- tung Umwelttechnologie bereits wichtige Dinge entwickelt und auch produziert, sogar exportiert worden sind. Dazu einige Beispiele: Kohlenverbrennungssysteme, Entkei- mungsmöglichkeiten von Getreidesilos oder emissions- schwache Müllentsorgungsanlagen usw.; also wichtige Pro- dukte, die in der schweizerischen Maschinenindustrie bereits hergestellt werden. Es ist sicher nicht so, dass keine Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vorhanden wären, die - wenn man wollte - in entsprechender Richtung auch steuerbar wären. 3. Die rasche Wirksamkeit. Es ist hier in der Botschaft fest- gehalten - zum Beispiel bei den Mischkrediten auf Seite 29 -, dass diese erst in fünf bis sieben Jahren zur Finanzierung von Projekten wirksam werden. Auch die Verpflichtungskre- dite - wir haben das vorhin gehört - werden erst in mehre- ren Jahren wirksam. Es ist ja nicht so, dass die Verpflich- tungskredite in einem bestimmten Jahr ausgeschöpft wer- den müssen; d. h. es ist möglich, Verpflichtungskredite hier zu

beschliessen, die etwas anders gelagert sind als die auf der Wunschliste des Militärdepartementes. 4. Das Argument «ausführungsreifes Projekt» führt nun dazu, dass - zum Beispiel mittels der Skyguard-Millionen - hauptsächlich einem Unternehmen geholfen wird, das gerade kürzlich durch einen Flab-Auftrag aus Abu Dhabi über 450 Millionen erhalten hat oder bzw. noch erhalten wird. Um mit Herrn Otto Fischer zu sagen: Ich verstehe das nicht. Ist das nicht auch «Mumpitz», wenn man einer Firma, der es wirklich nicht schlecht geht, hier nun mit Millionen - mit den Skyguard-Millionen - nochmals hilft? Das war übrigens bereits 1975 so, als es dieser entsprechenden Firma, die es betrifft, nicht schlecht ging und man ihr ebenfalls unter die Arme griff, unnötigerweise. Das ist völlig unideologisch; das kann man so tel quel, wenn man die Zeitungen liest, auch feststellen. 5. Wie sicher sind nun eigentlich die durch die Rüstungsausgaben zu sichernden Arbeitsplätze? Sie wissen, die schweizerische Rüstungsindustrie ist sehr stark spezialisiert. Die Aufnahmekapazität unserer Rüstungsindustrie ist in bezug auf die entsprechend notwendige Arbeitsplatzsicherung beschränkt, was auch die Möglichkeiten unserer Armee betrifft. Wir haben das bereits im vorherigen Geplänkel zwischen Herrn Fischer, Herrn Blocher und einigen Vertretern der Sozialdemokratie gehört. Wenn man solche Projekte fördert, kommt zwangsläufig der Ruf nach Lockerung der Rüstungsausfuhrbeschränkungen. Ich möchte hier nicht auf die ganze politische und ethische Diskussion eingehen. Die haben wir schon x-mal geführt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass man selbstverständlich sehr leicht Rüstungsaufträge aus irgendwelchen Ländern der Dritten Welt erhalten kann. Aber viel weniger einfach ist es, mit der Zeit - je nachdem wie die Situation aussieht - diese Gelder dann auch zu kassieren. Ich weiss nicht, wie Sie darauf kommen, dass durch die Expandierung oder durch die sogenannte Erhaltung der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie dann nachher durch die Rüstungsexporte Arbeitsplätze erhalten werden können. 6. In der Eintretensdebatte habe ich diesen Punkt kurz angetönt. Es ist eigentlich bereits eine Binsenwahrheit. Verschiedene Leute aus unserer wie aus der sozialdemokratischen Fraktion haben oftmals darauf hingewiesen, dass praktisch jede Ausgabe im Zivilbereich beschäftigungswirksamer ist als jene im Militärbereich. Es ist selbstverständlich eine Banalität, dass, wenn man im Rüstungsbereich investiert, man dort Arbeitsplätze schafft oder erhält. Für uns geht es hingegen um die Relativität zwischen dem Rüstungsbereich einerseits und dem Zivilbereich andererseits. Das ist die entscheidende Frage. Nur zwei Beispiele, um hier nicht längere Ausführungen machen zu müssen: Das US-Bureau of Labor Statistics erstellte 1975 eine Untersuchung, wie viele Arbeitsplätze mit 1 Milliarde Dollar geschaffen werden können. Man hat herausgefunden, dass es 75710 Arbeitsplätze im Rüstungssektor sind; im Bau-sektor sind es hingegen 30 Prozent und im Produktionsbereich «Privater Verbrauch» gar 49 Prozent mehr als im Rüstungssektor. Ein weiterer Punkt zum Problem Zivilbereich gegen Rüstungsbereich, um diese Auseinandersetzung hier weiterzuführen: Wenn Sie zum Beispiel die Arbeitslosenzahl in den OECD-Ländern betrachten, ist es «erstaunlich» - für uns eben nicht erstaunlich - festzustellen, dass die Spitzenpositionen in der Arbeitslosenstatistik von jenen Ländern eingenommen werden, die auch die höchsten Rüstungsausgaben haben. Ich habe diese Tabelle erstellen lassen. Ich möchte sie jetzt nicht herunterlesen, aber Sie können sie, wenn Sie das interessiert, bei mir einsehen. 7. Es haben verschiedene Redner darauf hingewiesen, dass die Finanzsituation des Bundes schlecht ist. Mit dem Hinweis auf diese Situation wurde im letzten Jahr die Arbeitszeitverkürzung für das Bundespersonal gebodigt. Man hat bei den Krankenkassen gespart; dann wurde allerdings die Bankkundensteuer nicht bewilligt, 250 Millionen pro

Jahr wurden einfach ins Kamin geschrieben. Im Finanzplan 1984 bis 1986 verlangt das EMD 7,1 Milliarden Franken. Die Wunschliste wurde allerdings ein bisschen gekürzt auf 6,6 Milliarden. Aber das ist immer noch ein jährlicher Zuwachs von 5 Prozent! Es ist unangebracht, im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen - sozusagen auf dem Umweg - zusätzliche Rüstungsprogramme hineinzubringen. Abgesehen davon, dass ja verschiedene Herren, die sich auch noch mit Militärpolitik beschäftigen - Offiziere in der Verwaltung - gesagt haben, dass diese Beschaffungsmassnahmen sicherheitspolitisch kaum glaubhaft zu begründen seien. Zum Schluss: Wenn wir Wirtschaftsstärkungsmassnahmen wollen, brauchen wir längerfristige Perspektiven und Instrumente, die sich auf die künftige Arbeitsmarktentwicklung günstig auswirken, d. h. wir brauchen eine Innovationsförderung. Wir brauchen Risikokapitalbildung, und wir brauchen Aus- und Fortbildung. Diese Dinge hat Herr Bundesrat Purgier in seiner Eintretensdebatte bzw. in der Replik in der Eintretensdebatte teilweise erwähnt. Aber unserer Auffassung nach müsste das hier bereits einfließen. Sonst kommt man in ein paar Jahren mit derselben Begründung und sagt: «Ja, es gibt nur im EMD-Bereich ausführungsfähige Projekte. Wir bedauern das masslos, aber wir können da nichts machen.» Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, diese Nachtragskredite zu streichen, die Zusatzkredite, die der Ständerat noch hineingebracht hat, ebenfalls zu streichen und einmal zu versuchen, im zivilen Bereich aktiv zu werden. Noch etwas zum Schluss: Ich bitte Sie - Herr Fischer ist nicht mehr da - damit aufzuhören, zu sagen, wir würden,

Renforcement de l'économie. Mesures 332 9 mars 1983 weil wir die Rüstungsausgaben kritisieren, nicht zur Landesverteidigung stehen. Ich habe Herrn Otto Fischer auch noch nie gesagt, als er hier immer gegen die Sozialausgaben polemisierte, er sei für die Auflösung unseres Sozialstaates. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Risi-Schwyz, Berichterstatter: Ich möchte den Präsidenten bitten, zuerst Position 551.557.91 zu behandeln. Herr Herzog hatte beide Anträge begründet, das ist richtig, aber wir müssen nun Position um Position weiter vorgehen. Der Ständerat hat hier «Kriegsmaterial/laufende Ausgaben» 1,5 Millionen eingefügt. Herr Fischer hat in Artikel 4 diesen Betrag abgelehnt. Ich bitte den Präsidenten, auch diesen Artikel 4 nicht durchzubehandeln, sondern nur die vorliegende Position, weil es um einen Verpflichtungskredit geht - in Artikel 4 ist dann nur der Zahlungskredit beinhaltet. Wir müssen also den Ablehnungsantrag Fischer hier behandeln. Der Ständerat hat undefiniert 1,5 Millionen eingesetzt. Damals, bei der Behandlung im Ständerat, habe ich zugehört. Nun handelt es sich anscheinend um Winterranzüge, die angeschafft werden sollen. Es hat mit der Textilbranche zu tun, die unterstützt werden soll; so bin ich informiert worden. Im Ständerat ist dieser Antrag durchgekommen. Wir haben diese 1,5 Millionen mit 18 zu 4 Stimmen angenommen. Nun bitte ich Sie, auch den Ablehnungsantrag Fischer hier einzubauen, gleichzeitig mit dem Ablehnungsantrag Herzog, und bitte, zuerst diese Position zu behandeln.

Bundesrat Purgier: Ich kann mich ganz kurz fassen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen. Wir haben in der Eintretensdebatte einlässlich über die Bedeutung der Militärpositionen gesprochen. Ohne Zweifel sind die von Herrn Herzog angesprochenen möglichen Ausgaben für zivile Zwecke auch sinnvoll. Aber die können unter keinen Umständen so aus dem Ärmel geschüttelt werden oder aus irgendeinem Füllhorn der Mutter Helvetia. Ohne sorgfältige Vorbereitung lässt sich beschaffungsmässig sicher nichts Kluges tun. Sie selbst haben in Ihrer Antragsbegründung ja nur den Grundgedanken aufleuchten lassen. Das ist nicht realisierbar. Mit Bezug auf die Bedeutung für die Landesverteidigung brauche ich bereits Gesagtes nicht zu wiederholen, und mit

Bezug auf den Beschäftigungseffekt auch nicht. Ohne Zweifel gibt es Dinge, deren Multiplikatoreffekt beim Investieren noch grösser ist als bei Ausgaben für das Militär, aber ich durfte Ihnen den Nachweis erbringen - und die Kommissionssprecher haben das getan -, dass im Zusammenhang mit den hier vorgesehenen Beschaffungen tatsächlich Arbeitsplätze erhalten werden und dass technologisch der Schritt in die nächste Systemfolge gesichert wird. Das ist bedeutsam. Noch ein Wort zu der kleinen Veränderung, die sich durch den seinerzeitigen Antrag von Herrn Bürgi ergeben hat, der im Ständerat übernommen worden ist, damit das gemäss Wunsch des Kommissionspräsidenten klar gesagt ist. Es wären Ausgaben, die zu einer ersten Tranche von 25 000 Schnee-Tarnüberwürfen führen müssten, Beschäftigung für etwa zwölf Firmen: Garn, Gewebe, Konfektion und Beschichtung. Präsident: Ich möchte Ihnen beantragen, den Antrag Herzog bezüglich dieser 261 Millionen Franken am Schlüsse von Artikel 2 Absatz 1 zu behandeln und jetzt vorläufig den Antrag auf Streichung zur Abstimmung zu bringen. Das gibt separate Behandlungen: Wir stimmen jetzt lediglich über den Antrag bei Rubrik 541.557.91 ab. Abstimmung - Vote Für den Antrag Herzog 6 Stimmen Für den Antrag der Kommission 91 Stimmen 541.557.92 Antrag der Kommission Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Borei, Crevoisier) 541.557.92 Kriegsmaterial, Rüstungsausgaben 67,0 Mio. Fr. Antrag Herzog Streichen 541.557.92 Proposition de la commission Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Borei, Crevoisier) 541.557.92 Matériel de guerre, dépenses d'armement 67,0 mio. fr. Proposition Herzog Biffer M. Borei, porte-parole de la minorité: La proposition que je vous fais concerne une acquisition militaire, celle du système Skyguard. Cependant, dans mon développement, je ne ferai aucune allusion à la politique de défense de notre pays et ceci pour deux raisons. Primo, je n'ai aucune information sur l'utilité militaire du projet. Seules deux lignes sont consacrées à ce sujet dans le message; il y est uniquement dit «qu'il s'agit d'un projet hautement prioritaire». Secundo, si je suis de l'avis qu'il faut biffer le crédit Skyguard, ce n'est pas pour des motifs militaires mais pour des motifs uniquement économiques. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle je ne pourrai pas suivre la proposition de M. Herzog - je m'y opposerai même - qui suggère de biffer tous les crédits militaires et fait d'autres suggestions en prévoyant de maintenir la répartition régionale envisagée pour les crédits de matériel de guerre. Or justement, mon point de vue est que cette répartition est inéquitable pour les régions dont l'économie est menacée, il faut donc la modifier. Nous savons tous qu'une information peut friser le mensonge lorsqu'elle met en évidence le détail, tout en cachant l'essentiel. On trouve une telle information dans le message du Conseil fédéral et c'est cette information qui m'a tout d'abord motivé pour m'opposer à ce crédit de 190 millions; on y lit: «C'est ainsi par exemple que la fabrication du système de guidage Skyguard sera confié à plus de 200 entreprises dans 19 cantons.» Comme c'est bien dit et comme cela semble beau! Mais dans les chiffres, que constate-t-on? 25 pour cent de la commande va en Suède, 63 pour cent va dans le canton de Zurich. Sur les 18 cantons restants, seuls trois auront des commandes dépassant 1 pour cent du crédit: il s'agit de Berne, de Nidwald et de Saint-Gall. J'ai déjà observé, comme beaucoup d'autres dans le débat d'entrée en matière, que ce programme aidera beaucoup les riches et un petit peu les pauvres. Le projet a de gros défauts et ce projet d'acquisition, en particulier, en a de plus graves encore car il déséquilibre totalement ce premier paquet en faveur de la région zurichoise. C'est la raison pour laquelle je vous invite à biffer ce crédit des propositions qui nous sont faites. Ce déséquilibre en faveur de Zurich me choque profondément. Neuchâtel a un taux de chômage entre trois et quatre fois plus élevé que celui de Zurich.

Dans le domaine du chômage partiel, il y a autant d'heures chômées dans le petit canton de Neuchâtel que dans le canton de Zurich huit fois plus grand. En résumé, si l'aide au chômeur zurichois vaut

9. März 1983 333 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen 1 franc, celle au chômeur neuchâtelois vaut 25 centimes et ne parlons pas de ce que vaut l'aide au chômeur de Saint-Imier ou de Bienne. Ce même premier paquet prévoit une dépense de la Confédération de 1 milliard. Cent millions environ vont à l'entreprise Contraves, ce qui permettra, aux dires de cette entreprise, de maintenir 300 emplois environ. Et pour les 30000 chômeurs en Suisse, il reste le solde du paquet. Cent millions pour maintenir 300 emplois chez Contraves et seulement 900 millions pour 30000 chômeurs. Quelle disproportion! Monsieur le Conseiller fédéral, vous dites clairement dans votre message que les mesures en faveur de l'emploi comprennent deux volets: ce premier paquet dont nous parlons aujourd'hui, le deuxième paquet qui est actuellement en consultation. Mais ce deuxième paquet, celui qui pourrait véritablement être utile aux régions fortement touchées par le chômage, il faudra bien le financer; je vous propose dès lors de conserver quelques moyens pour le faire. Je propose aujourd'hui aux champions des économies, qui sont si nombreux dans cet hémicycle, une économie afin que cet automne, lorsqu'il s'agira de venir en aide aux régions menacées, vous ne puissiez pas dire «On a déjà donné» et que vous ne mettiez pas en avant le sacro-saint équilibre budgétaire pour refuser les mesures utiles aux régions périphériques, alors que vous aurez déjà touché votre part. Le reproche suivant est fait régulièrement: on conteste les dépenses en faveur des régions économiquement puissantes mais on n'a rien d'autre à proposer. Permettez-moi dès lors de vous donner aujourd'hui un seul exemple qui correspond exactement au contexte. Il s'agit de l'aide à la recherche appliquée en micro-électronique. Ce domaine a justement une grande importance pour notre défense nationale en général, et notre défense militaire en particulier. L'électronique envahit tout, y compris l'armement. Dans le domaine des fournitures de base en électronique, nous sommes scandaleusement dépendants pour un pays qui se veut neutre et qui défend fièrement son indépendance. Il existe une industrie de micro-électronique en Suisse. Elle fournit des emplois dans les régions dont l'économie est menacée. Elle pourrait fournir plus encore si elle n'avait pas affaire à une concurrence étrangère qui dispose d'un atout essentiel: la très grande aide des pouvoirs publics pour la recherche appliquée. Bien sûr que, dans ce domaine, les pouvoirs publics suisses accordent une certaine aide mais, en Autriche, cette aide est plus du double; en Suède, elle est le triple; au Japon, dix fois plus importante; en Allemagne, vingt fois; en France, trente fois. Voilà un secteur où l'aide fédérale serait la bienvenue, où elle serait utile à la fois à la défense nationale et aux régions dont l'économie est menacée. Vous allez être nombreux tout à l'heure à refuser ma proposition. Je pense que vous êtes répartis en trois catégories: la première est celle de ceux qui sont convaincus de la nécessité urgente, pour notre armée, de cette commande Skyguard; vous n'aviez pas besoin de recevoir un message du Conseil fédéral demandant ce crédit, car vous étiez persuadés d'avance de son utilité. La deuxième catégorie est celle de ceux qui, comme moi, sont choqués par ce déséquilibre régional des commandes de la Confédération; vous me suivez dans mon raisonnement mais pas dans mes conclusions, car il s'agit d'un crédit militaire et vous ne voulez pas être taxés d'antimilitaristes. La troisième, enfin, est celle de ceux qui croient qu'en votant cette commande on prendra une mesure efficace en faveur de l'emploi. Permettez-moi de penser que cette troisième catégorie doit être réduite à quelques personnes. Je vous invite à voter ma proposition de minorité. Il y a 30000 chômeurs. Il n'est pas normal de dépenser 10 pour cent du plan dit de

relance pour 300 employés de Contraves qui ne sont pas encore, eux, au chômage et qui ne le seraient d'ailleurs pas forcément, même sans cette commande, si son «management» est aussi dynamique qu'il prétend l'être. Risi-Schwyz, Berichterstatter: Beim Antrag Borei geht es um die Streichung des Skyguard-Projektes. In der Kommission war die Beschaffung der Feuerleitgeräte kaum bestritten. Die beschäftigungspolitische Auswirkung wurde selbst bei kritischer Würdigung anerkannt. Der Antrag Borei verwies in seiner damaligen Begründung besonders auf die Disproportion zwischen militärischer und ziviler Beschaffung. Das war der Hauptgrund für seinen Streichungsantrag. Die militärischen Beschaffungsaufträge sind nach Meinung der Kommissionsmehrheit notwendig. Sie weisen eine breite regionale und beschäftigungspolitisch relevante Streuung auf. Die Kommission hat diesen Antrag mit 18 zu 4 Stimmen abgelehnt; ich bitte Sie, das auch zu tun. M. Coutau, rapporteur: La proposition de M. Borei vise à biffer le crédit concernant le système Skyguard. Contrairement à ce que M. Borei a affirmé tout à l'heure, ce projet est connu; il a fait l'objet d'un message qui a été soumis aux Chambres, donc il ne s'agit-là de rien de nouveau. Il est vrai qu'une petite partie de ce crédit est utilisée à l'étranger, le reste l'est en Suisse, assez largement réparti dans les différentes régions, soit par sous-traitances soit par commandes directes. La commission, par 18 voix contre 4, vous recommande de rejeter la proposition de M. Borei. Bundesrat Purgier: Militärisch ist diese Beschaffung in jeder Hinsicht ausgewiesen. Die Flab 35 mm wird in ihrem Wirkungsbereich durch die Beschaffung dieses 75er Gerätes - verglichen mit dem 69er Gerät - enorm verbessert, in der Wirkung praktisch verdoppelt. Das liegt im Interesse unserer Landesverteidigung, aber auch im Interesse aller, die gewisse Objekte verteidigen müssen. Was das beschäftigungspolitische betrifft, habe ich bereits früher darauf hingewiesen - ebenso die beiden Herren Referenten -, dass mit dieser Aufteilung (nur die Beschaffung des Radars aus Schweden, alles andere in der Schweiz) ein echter beschäftigungswirksamer Vorgang stattfindet. Wenn man nun die Prozentzahlen der einzelnen Kantone und der rund 200 Zulieferwerke minimisiert, verkennt man die Möglichkeiten der Verteilung. Ultra posse nemo tenetur gilt auch hier: Mehr als man überhaupt sinnvoll verteilen kann, kann man selbst im Rüstungsbereich nicht verlangen. Darf ich das bei Herrn Borei als so empfunden werten, wenn ich sage: Er hat klugerweise 60 Millionen stehenlassen? Von den 60 verbleibenden Millionen gehen grosse Teile in den Kanton Neuenburg, was wir im Zusammenhang mit der Munition alle wünschen. Dort geht es dann nicht um kleine Prozentzahlen, sondern um grössere Brocken. Also ganz konsequent waren Sie in der Argumentation wohl nicht, sonst hätten Sie jene 60 Millionen auch noch zur Diskussion gestellt. Ich werfe Ihnen das nicht vor, weil ich für das Ganze bin. Deshalb ersuche ich Sie, diese Position stehen zu lassen. Risi-Schwyz, Berichterstatter: Herr Herczog, aus Ihrer Sicht ist mir klar, dass Sie die laufenden Kriegsmaterial- und Rüstungsausgaben streichen wollen. Aber nicht ganz klar ist es mir, wenn Sie in einem möglichst sofort wirksamen Massnahmenpaket bei drei Positionen einen Betrag von 261 Millionen Franken aufstocken wollen, unabhängig davon, ob beschaffungsreife Projekte vorhanden sind oder nicht. Ich würde deshalb dem Präsidenten vorschlagen, den ganzen Antrag zu behandeln, da nur die Streichungsrubriken aufgelistet sind, die Aufstockung aber pauschal dargestellt wird. Ich bitte Sie, den Streichungsantrag Herczog abzulehnen. i Abstimmung - Vote Eventuell - A titre préliminaire Für den Antrag der Mehrheit 109 Stimmen Für den Antrag der Minderheit

E. 17

Stimmen 43-N

Renforcement de l'économie. Mesures 334 9 mars 1983 Definitiv - Définitivement Für den Antrag Herczog Für den Antrag der Mehrheit 5 Stimmen 114 Stimmen 723.463.90 Antrag der Kommission Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Blocher, Ammann-Bern, Bremi, Eisenring, Fischer-Bern) 723.463.90 Förderung ... Streichen 723.463.90 Proposition de la commission Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Blocher, Ammann-Berne, Bremi, Eisenring, Fischer-Berne) 723.463.90 Encouragement... Biffer Blocher, Sprecher der Minderheit: Die Minderheit beantragt Ihnen, diesen Kredit von 25 Millionen Franken unter dem Titel «für angewandte Forschung» zu streichen, und zwar einfach deshalb, weil dieser Kredit nicht die Kriterien erfüllt, die dieses Beschäftigungsprogramm erfüllen sollte Es geht nicht an, dass Beträge, die beim Budget gekürzt werden, jetzt wieder erscheinen. Es ist ausserordentlich gefährlich, wenn nun alles unter dem Beschäftigungsprogramm subsumiert wird. Natürlich kann man immer, bei jeder Forschung, sagen, sie bringe Beschäftigung, Apparaturen für den Nationalfonds und im Bereiche des Schulrates: Wir sind der Auffassung, dass auch in diesem Bereich die entsprechenden Kürzungen vorgenommen werden. Es entsteht eine Erhöhung der Staatsquote. Nun wird gesagt, bei der angewandten Forschung seien es Halb-Halb-Kosten, der Staat trage nur die Hälfte, und die Firmen würden die andere Hälfte tragen. Man müsste also über diese Forschungsprojekte eine Effizienzkontrolle durchführen. Ganz sicher wären die Ergebnisse der Forschungsprojekte nicht in dieser Rezessionsphase - also in ein, zwei oder drei Jahren überhaupt wirksam. Dazu kommt, dass man in der Forschung nicht immer «Stop and go» machen kann. Einmal haben wir auf einem Niveau gebremst, jetzt legen wir wieder zu, und in zwei Jahren müssen wir es wieder zurücknehmen. Das ist für die Forschung völlig unhaltbar. Ich bitte Sie, zusammen mit den Mitunterzeichnern, diesen Kredit abzulehnen. Interessanterweise sind darunter alle diejenigen Mitglieder, die in der Industrie arbeiten, eigene Forschung und Entwicklung sowie angewandte Forschung an Hochschulen betreiben - während die anderen, die solche Projekte nicht kennen, uns sagen wollen, dass die Industrie das unbedingt brauche. Ich beantrage Ihnen dies auch im Namen der Mehrheit der SVP-Fraktion. M. Borei: M. Blocher nous a dit en commission qu'il était favorable au crédit destiné à la garantie contre les risques à l'exportation. Il a tenu le raisonnement suivant: en principe, on devrait être contre une telle institution, qui est contraire aux idées de libre-échange que nous défendons dans les conférences internationales. Mais nos pays concurrents pratiquent cette garantie des risques à l'exportation, les entreprises suisses ont dès lors de grandes difficultés à remporter des marchés dans des pays à haut risque et, pour rendre à l'industrie suisse sa compétitivité sur ces marchés, il faut donc lui accorder le même genre de garantie et renoncer aux grands principes. Monsieur Blocher, je vous demande de poursuivre votre raisonnement. Nos industries ont de la peine à être concurrentielles pour une autre raison: nos principaux concurrents accordent une aide publique massive pour la recherche appliquée. Appliquez donc votre raisonnement dans ce domaine également. C'est un pas dans la bonne direction pour aider à la compétitivité de nos produits. Renoncez à votre proposition! Frau Segmüller: Wenn der Multiplikatoreffekt eine Voraussetzung ist für die wirtschaftlichen Massnahmen, die wir zu beschliessen haben, so meine ich, dass wir hier ja sagen müssen und den Antrag von Herrn Blocher ablehnen sollten. Effizienzkontrolle hat er gesagt. Sowohl die Praxisorientiertheit wie die Effizienzkontrolle sind aus zwei Gründen gewährleistet: 1. Es handelt sich hier nicht um das, was wir unter gewöhnlicher Forschung verstehen. Diese praxisorientierte Forschung ist gespiesen aus zwei Krediten: einerseits aus dem Impulsprogramm, wie wir es letzten Herbst verabschiedet haben, und andererseits

aus den Krediten für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, für welche die Kommission für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung aus dem Volkswirtschaftsdepartement zuständig ist. In dieser Kommission sitzen neben den Wissenschaftsvertretern die Vertreter der Industrie. Das ist auch Herrn Blocher bekannt. 2. Das Besondere an diesem Programm ist, dass die Industrie 50 Prozent der Kosten beitragen muss. Im Jahre 1981 war der Anteil der Eigenleistung der Industrie erstmals höher als 50 Prozent. Das zeigt doch, dass die Effizienzkontrolle gewährleistet ist, sonst würde die Industrie nicht so viel Geld investieren. Und wie käme es denn, dass ein solcher Überhang an Gesuchen von selten der Industrie für diese Art Kredite besteht? Es geht doch hier um die Unterstützung eines dringend nötigen Brückenschlages zwischen Forschung und Industrie, der nie aktueller war als heute, wo es wegen der Wettbewerbsverschärfung und der verminderten Ertragslage um so wichtiger erscheint, die technologische Revolution bewältigen zu können. Es erlaubt ausserdem den Forschungsstätten, dringend nötige Schwerpunkte zu setzen. Der Bund als Partner der Industrie und der Forschungsstätten bietet eine doppelte Garantie: Für die Industrie garantiert er die Praxisnähe der Forschung, und für die Forscher garantiert er, dass nicht eine einseitige Abhängigkeit von der Industrie entsteht. In den Weisungen für diese Kredite heisst es, dass damit zusätzliche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu fördern seien, die für die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen technisch und wirtschaftlich von Bedeutung sind, vor allem Vorhaben, deren Durchführung durch eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und externen Forschungsstätten erheblich erleichtert wird. Damit werden - wie bekannt - nicht nur Forschungsarbeiten, sondern auch Entwicklungsarbeiten ermöglicht, nicht aber Erprobung von Prototypen. Diese Art der praxisorientierten Forschung ist ganz besonders ausgerichtet auf eine Innovation bezüglich Material, Prozesse und Produkte. Wenn die im zweiten Paket der Massnahmen zur wirtschaftlichen Förderung vorgeschlagene Innovationsgarantie bereits im Vorfeld ihrer Behandlung auf so grosse Skepsis stösst, so müssten gerade die Skeptiker dieser neuen Innovationsrisikogarantie um so eher hier zustimmen, wo es um Forschung geht, die projektgebunden und praxisorientiert ist. Ich bitte Sie daher, den Antrag Blocher abzulehnen. Müller-Luzern: Von dem, was Herr Blocher eben dargelegt hat, stimmt beinahe nichts. Ich habe den Eindruck, dass Sie von etwas ganz anderem gesprochen haben, als hier wirklich zur Diskussion steht. Der Kredit hat nichts zu tun mit dem Schulrat, hat nichts zu tun mit diesen gestrichenen

9. März 1983 335 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen oder gekürzten Beiträgen, sondern es handelt sich hier um einen ganz anderen Fundus, den es auszuschöpfen gilt. Bekanntlich betreibt unsere Wirtschaft die praxisorientierte Forschung beinahe selbst. Der Bund finanziert die Grundlagenforschung. Das ist in einer Zeit, wo die Erträge zurückgehen, ausserordentlich gefährlich, denn die Unternehmen, die kein Geld mehr haben oder wenig Geld haben, können nur noch ganz kurzfristige Forschungs- und Entwicklungsprojekte an die Hand nehmen. Das nun aber ist doch sicher zu bedauern, Herr Blocher. Die Industrie, die schweizerische Wirtschaft muss doch wirklich mittelfristig entwickeln und forschen; darauf sind wir dringend angewiesen, und wir müssen es jetzt tun. Die Zukunft unserer Wirtschaft - das ist die Meinung heute führender Leute in der Wirtschaft - hängt ausschliesslich davon ab, dass es uns gelingt, rechtzeitig Innovationen zu verwirklichen. Aus diesem Grunde hat ja seinerzeit das Parlament die Kommission Allemann geschaffen, die heutige Kommission Jucker. Sie versucht nun gerade auf dem Gebiet der Forschung, diese Lücke zwischen angewandter Forschung und Grundlagenforschung zu schliessen. Sie möchte dafür sorgen, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung auch praktisch genutzt

werden können. Die Projekte, die Herr Jucker mit seiner Kommission unterstützt, kommen direkt von der Industrie, und dadurch wird es den Betrieben möglich, Forschung zu betreiben, auch wenn ihnen selber die Kapitalien dazu fehlen. Es handelt sich also um Forschungsprojekte, die vorwiegend kleinen und mittleren Betrieben zugute kommen, und darauf sind wir sehr angewiesen. Wir können gar nichts Vernünftigeres tun, Herr Blocher, als jetzt Forschung zu betreiben. Das ist kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit, und ich kann Ihnen sagen, dass ich bis heute noch gar nie etwas Negatives über die Arbeit gehört habe, die diese Kommission Jucker geleistet hat und immer noch leistet. Ich bitte Sie also, den Antrag Blocher abzulehnen.

Frau Uchtenhagen: Frau Segmüller und Herr Müller haben die Aussagen von Herrn Blocher sachlich richtiggestellt. Ich glaube, Herr Blocher und seine Kollegen sind hier wirklich einem Missverständnis erlegen. Ich möchte Ihnen aber noch ein paar Zahlen bringen, die Ihnen zeigen, dass wir in der Schweiz in vielen Gebieten - gerade in der angewandten Forschung und in der Entwicklung zum Beispiel im Bereich Mikroelektronik - einen Nachholbedarf haben. Im Dokument, das ich hier habe, wird dargestellt, wieviel andere Staaten in die angewandte Forschung Mikroelektronik investieren: Die Bundesrepublik Deutschland 230 Millionen, Grossbritannien 240 Millionen, Schweden hat ein staatliches Entwicklungsprogramm für diese Projekte für 30 Millionen, die USA 250 Millionen (ohne den Militärbereich) und Frankreich 350 bis 900 Millionen. Und dann wird hier die Frage gestellt: Haben wir den Anschluss bereits verpasst oder werden wir ihn noch verpassen? Schaffen wir es überhaupt noch? Bei der Einweihung der Schweizerischen Stiftung für feinmechanische Forschung in Neuenburg hat ein Elektronikfachmann folgendes gesagt: «Wenn wir die Zusammenarbeit der Forschung zwischen Staat- und Privatwirtschaft nicht radikal überdenken, wird die Schweiz in zehn Jahren ein technisch unterentwickeltes Land sein.» Alles, was ich zitiert habe, kommt aus dem Artikeldienst der Wirtschaftsförderung. Vielleicht sollten die Kollegen aus der Wirtschaft ihre eigenen Publikationen etwas besser lesen. Rothen: Herr Blocher hat bei der Begründung seines Streichungsantrages vor allem darauf hingewiesen, die Kriterien seien im Hinblick auf diese Vorlage nicht erfüllt. Er hat weiter bezweifelt, dass die Effizienzkontrolle der hier zur Diskussion stehenden Forschung, die durch meine Vorrednerinnen und Vorredner charakterisiert worden ist, vorhanden sei. Ich glaube nicht, dass dem so ist. Für die Effizienzkontrolle wird der Bundesrat - und mit ihm der Delegierte für Konjunkturfragen, Herr Jucker - zweifelsohne sorgen. Ich möchte Ihnen im Zusammenhang mit diesem Kredit doch noch einmal zu überlegen geben und die Tatsachen einmal mehr festhalten, dass mit Hilfe der Innovation Kriseneinbrüche bekämpft werden können. Ich darf in diesem Zusammenhang zum Beispiel auf die Untersuchung hinweisen, die Prof. Mensch in Deutschland durchgeführt und in seinem Werk «Das technologische Patt» publiziert hat. Innovationsprodukte fördern die Investitionen, weil im Zusammenhang mit neuen innovationsträchtigen Investitionen das Kapital interessant eingesetzt werden kann, und damit ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden. Ohne auf die Botschaft näher einzutreten, möchte ich Sie bitten, doch zu beachten, was die Botschaft aussagt (Seiten 21 und 22, Abschnitt 242, Forschungsförderung). Sie erwähnt, dass nahezu alle der hier zur Diskussion stehenden Projekte den Maschinenbau und die Informatik betreffen. Wo liegen wir im Bereich der Informatik? Wo liegen wir ganz allgemein im Bereich der Elektronik? Ich darf Sie auf folgendes hinweisen: In der schweizerischen Industrie ist an vielen Stellen Spitzentechnik zu finden, deren Entwicklungspotential praktisch erschöpft ist. Das gilt beispielsweise für viele mechanische Spitzenprodukte, für Büromaschinen, für mechanische Uhren, für die Messtechnik, für die

Mikrotechnik usw. Demgegenüber schätzt man heute das Innovationspotential des Mikroprozessors zum Beispiel auf etwa 20000 neue Produkte. Dabei bleibt zu beachten: Das Hinausschieben und Ausweichen in diesem Bereich der Forschung bedeutet Stagnation und letztlich eine Zunahme der Firmenzusammenbrüche und der strukturellen Arbeitslosigkeit. Grundsätzlich ist festzustellen, dass das Risiko bei Einführung neuer Technologien geringer ist als bei Nichteinführung. Auch das ist eine Erkenntnis, die wissenschaftlich erhärtet wurde. Im Gegensatz zu der vielfach gehörten Meinung halte ich die Forschung und Eigenproduktion im Bereich der Mikroelektronik für Europa und die Schweiz im besonderen für überlebensnotwendig. Die Voraussetzungen dafür sind speziell für die Schweiz in vielen Punkten erfüllt. Unser Land ist arm an Rohstoffen. Die Mikroelektronik ist eine rohstoff- und energiearme Technik. Und nun bleibt weiter zu beachten: Der Finanzplatz Schweiz hat genügend Kapital. Die Mikroelektronik ist eine kapitalintensive Entwicklungstechnik. Das Anwendungs-Know-how ist in der Schweiz auf sehr vielen Gebieten hoch entwickelt. Die Verknüpfung von Software und Hardware mit diesem Potential dürfte - so hat das zum Beispiel Prof. Guttrop festgestellt - konkurrenzlose Produkte bringen. Das Ausbildungsniveau der Bevölkerung in unserem Land ist hoch. Die Mikroelektronik bietet alle Voraussetzungen, dieses ureigenste Kapital der Schweiz arbeitsplatzschaffend einzusetzen. Wenn wir diesen Überlegungen folgen - und ich bitte Sie, das zu tun -, können Sie feststellen, dass dieser Kredit von 25 Millionen absolut nicht, wie Herr Blocher ausgeführt hat, die der Vorlage zugrunde liegenden Kriterien nicht erfüllt, sondern diese durchaus erfüllt. Ich bitte Sie, dem Antrag von Herrn Blocher nicht zu folgen und im Sinne des Bundesrates zu entscheiden. Fischer-Bern: Es handelt sich hier nicht um den Nationalfonds, der im ordentlichen Budget 1983 mit 146 Millionen Franken dotiert ist und jedes Jahr etwa 6 Millionen Franken mehr erhält, sondern um einen Kredit, der vor etwa 25 bis 30 Jahren dem damaligen Delegierten für Arbeitsbeschaffung gesprochen worden ist. Die Kommission für angewandte Forschung spricht jeweils gewisse Forschungskredite an Industrieunternehmungen, an Verbände usw. Gegenwärtig ist im Budget unter dieser und unter einer anderen, ähnlichen Position ein Betrag von 11 Millionen Franken enthalten. Diese 11 Millionen stehen dem Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfagen und einer speziellen Kommission jährlich zur Verfügung. Soweit ich orientiert bin, wird jeweils an die Forschungsprojekte vom Bund die Hälfte bezahlt. Das ist der Tatbestand, und nun will man im Rahmen dieses Programms zu normalerweise ausgerichteten 11 Millionen noch 25 Millionen dazuschlagen.

Renforcement de l'économie. Mesures 336 N 9 mars 1983 Ich möchte folgendes festhalten: Es wurde heute nachmittag von irgend jemandem gesagt, die Wirtschaft komme selbst und verlange Unterstützung von selten des Staates. Sehen Sie nach, wer diesen Minderheitsantrag unterzeichnet und eingereicht hat. Es sind alles ausgesprochene Vertreter der Wirtschaft - ja, das sind es, Frau Uchtenhagen, auch wenn Sie seither selbst in die Gilde der Wirtschaftsführerinnen aufgestiegen sind -, die das nicht wollen. Selbstverständlich gibt es Forschungsleute in den Betrieben, die mit der hohlen Hand zu Herrn Jucker kommen und froh sind, wenn etwas bezahlt wird. Aber die Wirtschaft will solche Beiträge, solche Subventionen nicht. Ich bin schon der Meinung, dass man nicht vom Staate und von den Beamten und Politikern aus dazu übergehen sollte, der Privatwirtschaft das Geld gewissermassen nachzuwerfen und Forschungsprojekte zu subventionieren, Herr Müller, die ein Industrieller selber nicht finanzieren würde, weil er weiss, dass es nur etwas Halbbatziges ist. Das ist die Situation. Sie können den Kopf schütteln, aber es ist tatsächlich so, dass es sich hier um Projekte handelt, die normaler-

weise nicht ausgeführt würden. Das einzige Kriterium, das bei der angewandten Forschung gelten soll, ist, dass derjenige, der sie trägt, auch überzeugt ist davon, dass etwas dabei herauskommt. Es wurde bereits von Herrn Blocher gesagt, dass es sich um ein völlig artfremdes Produkt handelt, das in diese Vorlage hineingekommen ist. Es wurde immer gesagt, dass diese Vorlage für die nächsten zwei, drei Jahre Beschäftigung schaffen soll. Wenn Sie diesen Kredit bewilligen, dann wird das im Laufe der nächsten Jahre abgewickelt, aber bevor die Arbeiten begonnen werden können - diese Vorlagen liegen nicht vor, die muss man prüfen und genau diskutieren -, ist diese Baisse von zwei Jahren, wie wir angenommen haben, schon längst vorbei. Es handelt sich also um einen strukturellen Kredit auf mittlere Sicht, und das passt nicht in dieses Programm hinein, wenn man ehrlich sein will. Wenn man natürlich sagt: Wir nehmen das jetzt auch noch gerade dazu - das hat man sich offenbar im Amt von Herrn Jucker gesagt -, dann verstehe ich das schon. Aber es ist etwas Artfremdes, und es ist etwas, das in diesem vergröserten Stil einfach nicht notwendig ist, von der Wirtschaft nicht gewünscht wird und zu Fehlentwicklungen führt. Es ist nämlich nicht so, dass man einfach mit Geld alles machen kann, sondern man muss auch die Gelder sinnvoll einsetzen, und das wird hier nur in beschränkter Masse getan. Jedenfalls wird in der Schweiz nicht durch eine Aufstockung der Kredite sinnvoller geforscht. Ich möchte Ihnen deshalb sehr empfehlen, dem Streichungsantrag von Herrn Blocher zuzustimmen. Bremi: Selbstverständlich haben alle jene Sprecherinnen und Sprecher recht, die uns darauf hinweisen, dass die schweizerische Wirtschaft mir Forschung und Forschungsergebnissen gross geworden ist und dass das auch in Zukunft der Fall sein wird, d. h. dass wir in hohem Masse davon abhängen, dass wir Forschungsergebnisse erbringen. Wir wissen auch, dass, im Gegensatz zu allen anderen entwickelten Industrieländern, in der Schweiz weit mehr als die Hälfte der Forschungsmittel aus der Industrie kommen und dass es sich nicht um Staatsforschung handelt. Wir haben also allen Grund, die Forschung in unserer Wirtschaft zu pflegen. In diesem Bereich werden mit 50 Prozent privaten Forschungsmitteln und 50 Prozent staatlichen Forschungsmitteln Forschungsprojekte finanziert und durchgeführt, die durch gemeinsam bestellte Kommissionen bezeichnet werden. Der Grund, warum ich Sie bitte, trotzdem diesem Antrag auf Ablehnung zuzustimmen, ist, dass wir jetzt keine Forschungsdebatte führen. Wir haben auch diesen Kredit daraufhin zu untersuchen, ob er, wie das der Bundesrat gesagt hat, in den nächsten zwei Jahren arbeitsplatzwirksam werden oder nicht, und es wird niemand behaupten wollen, dass dieses Kriterium erfüllt sei. Es wird hier niemand glauben, dass mit diesen 25 Millionen im Jahre 1983 und im Jahre 1984 arbeitsplatzwirksame Massnahmen ausgelöst werden. Selbstverständlich wird das auf mittlere und längere Frist Resultate haben, aber hier wollen wir ja ein Programm für kurzfristige Arbeitsbeschaffung erstellen. Kurzfristig werden die Resultate nicht in die Arbeitsplätze einfließen. Selbst die Forschungsarbeit wird erst in ein oder zwei oder vielleicht drei Jahren ausgeführt werden können. Es kommt noch dazu, dass wir in diesen Bereichen keine Arbeitslosigkeit haben. Die Forschung der schweizerischen Industrie leidet heute nicht an Arbeitsmangel. Aus diesen zwei Gründen, weil es nicht arbeitsplatzwirksam ist und weil wir in diesen Bereichen keine Arbeitslosigkeit haben, bitten wir Sie, den Kredit abzulehnen. Darf ich Sie aber im übrigen, bei allem Respekt vor der Technologie, doch einmal darauf hinweisen: Unsere Problematik, auch die der Uhrenindustrie und die von weiten Gebieten der Maschinenindustrie, sind nicht die Technologie, sondern es sind die Märkte und die Exportfinanzierungen. Wir leben in einer Zeit, in der wir mehr Antworten als Fragen haben. Wir brauchen mehr Know-how bezüglich Marketing, damit wir die

Bedürfnisse anderer Länder und anderer Kunden besser verstehen und diese Bedürfnisse in Pflichtenhefte für die Forscher umschreiben können. Wenn uns das gelingt, haben wir den weitaus grössten Teil der Arbeit geleistet, und es geht dann nur noch darum, dieses Pflichtenheft zu erfüllen und zu finanzieren. Das kann die Industrie in der Regel. Das Risiko liegt nicht darin, dass wir technisch nicht ans Ziel gelangen; das Risiko liegt darin, dass wir technisch zwar ans Ziel gelangen, uns aber niemand das Produkt abkauft. Das meine ich, wenn ich sage, dass unser Risiko in den Märkten und nicht in der Technologie liegt. Bei allem Respekt vor der Funktion dieser gemeinsamen Industrie- und Staatsforschung glaube ich, dass diese 25 Millionen nicht in dieses Programm gehören. Blocher: Ich möchte mich entschuldigen, dass ich gesagt habe, dass diese beiden Positionen unter Dienststelle des Schulrates und des Nationalfonds laufen. Das ist aber auch das einzige, das nicht richtig war. Diese beiden Positionen kommen dann in den Nachtragskredit, Herr Müller. Wollen einzelne Industrien diesen Kredit? Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie das beschliessen, werden wir uns alle auch verpflichtet fühlen, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wenn man ein Forschungsprojekt mit einer Bundesbeihilfe von 50 Prozent abwickeln kann, wird man es sehr gerne tun. Aber ich bin ja nicht hier, damit mir ein Wunsch erfüllt wird. Wir müssen die Konsequenzen sehen. Es geht hier um ein Beschäftigungsprogramm. Diese Forschungsprojekte, die man zur Hälfte des Preises abwickeln kann, werden in der heutigen Situation nicht beschäftigungswirksam. Wenn wir diese Beihilfen auf dem ordentlichen Kreditwege beschliessen und dort die notwendigen Kontrollen einführen würden, dann wäre das möglich. Aber in einem Beschäftigungsprogramm geht dies nicht. Eggi: Wenn ich den Optimismus hätte, dass in einem oder auch in zwei Jahren die Schweizer Wirtschaft wieder voll laufen würde, dann könnte ich den Herren der Industrie, die das hier vertreten haben, zustimmen. Allein mir fehlt der Glaube. Ich habe bis jetzt immer gemeint, dass die Industrievertreter vorausschauend politisieren und ihre Forschung forcieren. Ich möchte feststellen, dass wir in der Schweiz Bereiche haben, bei denen wir im Rückstand sind. Im letzten Impulsprogramm mussten wir Forschungskredite für die Uhrenindustrie freimachen. Einiges konnte aufgeholt werden. Wir sind aber immer noch nicht an der Spitze. Wenn wir an die Computerindustrie denken - mit all ihren Auswirkungen und ihren Zweigen -, sind wir im Rückstand. Diese Liste könnte vermehrt werden. Wollen wir im Rückstand bleiben? Es gibt zum Glück Firmen, die forschen wollen, aber die die Mittel darin nicht selbst aufbringen können. Wenn ich nun den Herren Blocher und Fischer zuhöre, dann müsste man eigentlich - besonders bei Herrn Fischer - sagen: streichen wir die 11 Millionen auch noch. So kann

9. März 1983 337 Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen man doch nicht politisieren in einem Konjunkturprogramm. Wir müssen auch sehen, dass unsere Industrie in fünf bis zehn Jahren noch produzieren kann und auf der Höhe ist. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Risi-Schwyz, Berichterstatter: Wir haben in der Kommission lange - viel zu lange - über diesen Problemkreis Forschung, Schulrat und die dazugehörenden Bauten gesprochen. Ich möchte Ihre Zeit nicht mehr länger in Anspruch nehmen und Ihnen nur noch meine damalige Schlussnotiz bekanntgeben: Wieweit diese Forschung kurzfristig Arbeitsplätze fördert, ist fraglich, aber langfristig sollte sich dies auszahlen. Wir haben in der Kommission den Antrag Blocher mit 20 zu 5 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, dies hier ebenfalls zu tun und dem Bundesrat zuzustimmen. M. Coutau, rapporteur: A titre personnel, je voudrais tout d'abord féliciter Mme Uchtenhagen pour ses excellentes lectures. J'espère qu'elle aura encore souvent l'occasion de citer à cette tribune la Soc/été pour le développement de l'économie suisse! Je soutiens également la position de la majorité qui,

par 20 voix contre 5, vous recommande de suivre le Conseil fédéral. Le financement de la recherche est en Suisse traditionnellement réparti entre le secteur privé, qui s'occupe de la recherche appliquée et du développement et le secteur public, qui se charge de la recherche fondamentale. Mais, de plus en plus, des zones floues existent entre ces deux secteurs et certaines distinctions sont quelque fois arbitraires. C'est ainsi que par exemple, des projets sont présentés au Fonds national de la recherche scientifique qui les repousse parce qu'ils relèveraient un peu trop de la recherche appliquée. Or, c'est précisément par des projets de ce genre que l'on peut créer une symbiose, une synergie entre la recherche appliquée et la recherche scientifique pure, fondamentale. Une telle collaboration permet à l'industrie de déboucher sur de nouveaux procédés, de nouvelles techniques et de nouveaux produits. De très nombreux projets sont aujourd'hui déposés à l'Office des questions conjoncturelles au titre du programme d'impulsion, et il faut pouvoir les financer sur la base paritaire prévue: également par le secteur privé - secteur public. Je fais une allusion très particulière au domaine de la micro-électronique qui est tout spécialement intéressée par ce genre de projets. Par conséquent, je vous demande de soutenir la majorité de la commission et le Conseil fédéral.

Bundesrat Purgier: Ich bin eher überrascht von der Ablehnung, die von Industriesprechern hier gewünscht wird. Wenn ich die Geschichte dieser Institutionen werte, dann stelle ich fest, dass das Instrument bis jetzt zur Zufriedenheit der Beteiligten Anwendung fand. Darf ich einige Fakten in Erinnerung rufen? 1975 war für die Industrie ein schlechtes Jahr. Obschon bis zur heutigen Rezession ein paar recht gute Jahre dazwischen lagen, wissen wir alle, dass der damalige Beschäftigungsstand nicht mehr erreicht wurde. Wir haben nach einer kürzlich von der Maschinenindustrie durchgeführten - von Ihnen sicher gelesene - Studie festgestellt, dass wir ausserordentlich Mühe haben, die Lehrlinge, deren Abschluss bevorsteht, definitiv zu placieren. Der SMUV hat seinerseits auf das hingewiesen. Ich möchte auch hier nicht dramatisieren, weil ich weiss, dass nach dem Lehrabschluss bei uns die Rekrutenschule kommt, aber das Suchen nach Stellen ist immerhin symptomatisch. Während früher rund 50 Prozent der Lehrlinge Stellen in Fremdbetrieben suchten, sind heute prima vista 70 Prozent geneigt, alles zu versuchen, um im eigenen Lehrlingsunternehmen zu bleiben. Und nun wählte man hier zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein echt partnerschaftliches Vorgehen, um jungen Menschen den Eintritt in die Forschung zu erleichtern und um praxisbezogen zu forschen. Kann die Förderung von durch Firmen und Hochschulen - auch HTL - gemeinsam durchgeführten praxisorientierten Forschungs- und Entwicklungsprojekten einen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Verstärkung des Anpassungsprozesses leisten, ja oder nein? Das ist für mich die Schlüsselfrage. Wir haben im Zusammenhang mit diesem Programm unbeschadet der parteipolitischen Richtung immer wieder festgestellt, dass wir das leisten können, müssen miteinander. Und deshalb war ich vorhin über die Haltung der Antragsteller überrascht. Sie scheinen das zu verneinen. Bis jetzt wurde mir gesagt - und ich habe das aus verschiedenen Akten -, dass die Vereinigung von Hochschulen und HTL mit ihren Disziplinen, mit ihren Mess- und Prüfeinrichtungen, angereichert durch die Leute aus der Industrie, die Durchführung von Projekten ermögliche, die man bei einer strengen Trennung (nur Hochschulforschung einerseits, nur betriebsinterne Forschung andererseits) nicht hätte sicherstellen können. Das hat mich überzeugt. In welcher Richtung wurde geforscht? Werkzeugmaschinenindustrie: Da wurde seit Jahren mit einer recht einfachen, guten juristischen Konstruktion eine Forschungsförderung sichergestellt, indem die Gesellschaft für Werkzeugmaschinenbau und Fertigungstechnik gegründet wurde. Diese brachte jährlich 300 000 bis 400 000 Franken ein, zum Teil durch ausserordentliche

Beiträge einzelner Firmen auf- gestockt. Die andere Hälfte konnte, wenn das Projekt für gut befunden wurde, durch den Bund miteingebracht werden. Nun haben Sie in Ihrem Staatskalender einen völlig «unverdächtigen Zeugen»: In der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, mit dem Vizepräsidenten Allemann, die meinem Amt für Konjunkturfragen angegliedert ist, sitzen als Vertreter der Privatwirtschaft erstklassige Leute aus den einzelnen Industriebereichen, ergänzt durch zwei Vertreter der Wissenschaft. Schwere- wichtig sind es Leute aus verschiedenen Unternehmungen, von Sulzer über das Centre électronique horloger SA, Neuchâtel, bis zum Etablissement Maillefer SA, Ecublens usw., nachzulesen im Staatskalender. Der Gewerbeverband ist durch einen mir nahestehenden Vertrauensmann vertreten, was Gewähr bietet, dass auch seine Auffassungen einfließen. Die Resultate der Forschung im Werkzeugmaschinen- industriebereich sind nach Auffassung derer, die Bericht erstatteten, befriedigend. Dasselbe gilt für die Optoelektronik. Zu nennen sind des weiteren im Bereich der ETH Lausanne die Materialfor- schung, zum Beispiel für keramische Werkstoffe und Ver- bundwerkstoffe; im Bereich der ETH Zürich die Lebensmit- teltechnologie; an der Uni Basel metallische Gläser. Weitere Schwerpunktbildungen erfolgten in der Textilindustrie, in der Wärmetechnik, in der Laser-Technik sowie in einzelnen Gebieten der Mikroelektronik. Das waren die bisherigen Resultate, und mir wurde, als ich mich für diese Vorlage stark machte, gesagt - und zwar nicht nur von meinen Leu- ten, sondern von den bisher in diesem Bereich Tätigen -, dass ohne eine derartige Schwerpunktbildung - getrennt nach hochschuleigenen und industriellen Mitteln - nicht die gleichen Ergebnisse möglich wären. Streben wir nicht alle miteinander neben der Grundlagen- forschung und neben der betrieblichen Forschung auch nach dieser Art Zusammenarbeit? Das möchte ich Ihnen zu bedenken geben, und ich darf noch etwas korrigieren, was Herrn Blocher, so scheint mir, als Irrtum unterlaufen ist. Er hat gesagt, es handle sich um früher gestrichene Hoch- schulprojekte. Das ist schlicht und einfach nicht wahr. Aber ich nehme an, dass das ein Irrtum ist. Es trifft ferner auch nicht zu - damit richte ich mich auch an Herrn Fischer -, dass die «Kriterien» nicht erfüllt sind: Wir können die Vergabung innert sechs Monaten und die Reali- sierung innert zweier bis dreier Jahre verbindlich zusichern. Aber dasselbe können wir bei der ERG beispielsweise natürlich nicht, sonst wird sie ihres Sinnes völlig entkleidet. Wir kommen darauf noch zu sprechen. Ich bin nicht so optimistisch wie Herr Bremi, der sagt, es fehle uns in der heutigen Situation nur am Marketing und an der Exportfinanzierung, während wir im technologischen

Renforcement de l'économie. Mesures 338 N 9 mars 1983 Bereich eigentlich keine Sorgen hätten. Da darf ich Ihnen trotz der kurzen Zeit, da ich nun diesem Departement vor- stehe, sagen, dass die Akten, die ich beispielsweise aus dem Raum, der mit Uhren und mit Mikroelektronik zu tun hat, erhalte, eine andere Sprache reden. Daher haben wir ein echtes Bedürfnis, in diesem Bereich etwas Zusätzliches zu tun; das ändert gar nichts am hervorragenden Einsatz in Industrie und Wissenschaft. Fazit: Ich möchte Ihnen doch beliebt machen, diesen Kredit nicht zu streichen. Er ist ein Impuls für die junge Genera- tion. Die muss doch spüren, dass wir auch an ihre eigene Zukunft glauben und dass wir überzeugt sind, dass wir die- sen Anpassungsprozess miteinander bewältigen. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 37 Stimmen Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu Schluss der Sitzung um 19.30 Uhr La séance est levée à 19 h 30

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen Renforcement de l'économie. Mesures In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1983 Année Anno Band II Volume Volume Session Frühjahrssession Session Session de printemps Sessione Sessione primaverale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 08 Séance Seduta Geschäftsnummer 83.003 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 09.03.1983 - 15:00 Date Data Seite 314-338 Page Pagina Ref. No

E. 20

011 281 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.